



Die Buderus-Häuser in der Eisenstraße in Niedergirmes, einst gebaut für Werksangehörige, gehören zum Wohnungsbestand, welcher als Paket mit der Buderus Immobilien GmbH verkauft werden soll. Foto: Steffen Gross

Bündnis fordert bezahlbare Mieten

Aktionen von Gewerkschaftsbund, Mieterbund und SPD als Reaktion auf Verkaufspläne für Buderus Immobilien

Von Steffen Gross

WETZLAR/LOLLAR. Aus Sorge um den geplanten Verkauf der Buderus Immobilien GmbH und ihres Bestands an 1000 Mietwohnungen hat sich ein breites Bündnis aus Gewerkschaftsbund, Mieterbund und Wetzlarer Sozialdemokraten formiert. Gemeinsam machen sich die Partner dafür stark, dass die 633 Wohnungen in Wetzlar und die 204 in Lollar sowie weitere an kleineren ehemaligen Buderus-Standorten in kommunale oder gemeinnützige Hand verkauft werden. Nicht das Höchstgebot dürfe entscheiden, oberste Priorität müsse die Sicherung des bezahlbaren Wohnraums haben, heißt es in einem offenen Brief, der am Freitag an die Geschäftsleitung und den Aufsichtsrat der Robert Bosch GmbH am Hauptsitz an der Gerlinger Schillerhöhe ging.

Die Nachricht, dass sich der Bosch-Konzern nach mehr als 100 Jahren von seinem Immobilien-Verwalter Buderus Immobilien GmbH trennen will und damit von mehr als 1000 Mietwohnungen, war Anfang Juli Auslöser für größte Sorgen. Ihren Schritt begründete die Robert Bosch GmbH damit, dass es sich bei der Im-

mobilienvermietung und -verwaltung um kein „unternehmensrelevantes Geschäft“ handele. Kurz darauf appellierten die Stadtoberrhäupter der beiden am meisten betroffenen Städte Wetzlar und Lollar, Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD) und Bürgermeister Bernd Wiczorek (parteilos), an die soziale Verantwortung von Bosch. Nun hat sich ein Bündnis aus Gewerkschaftsbund, Deutschem Mieterbund Wetzlar/Lahn-Dill-Kreis und Landesverband Hessen und dem SPD-Ortsverband Wetzlar eingeschaltet.

Nicht zum Spielball auf dem Kapitalmarkt werden

Keinesfalls dürften die Wohnungen als Rendite- oder Spekulationsobjekte zum Spielball auf dem Kapitalmarkt werden, heißt es in dem Brief. Die verträglichste Lösung sieht das Bündnis in einem Verkauf der Wohnungen in kommunale oder gemeinnützige Hand. Sollte es entsprechende Angebote geben, müssten diese Vorrang vor denen freier Anbieter haben, so die Forderung. Wenn nötig, solle Bosch dafür von der Absicht Abstand nehmen, den Bestand in einem Paket zu versteigern. Die 1000 Buderus-

Wohnungen verteilen sich auf vier Kommunen in drei Landkreisen. Dies mache es kommunalen Wohnungsgesellschaften schwer, ein Angebot abzugeben, weil die das in der Regel nur in der eigenen Gemeinde dürften.

Als Negativbeispiele der Vergangenheit werden in dem Brief die Verkäufe ehemaliger Werkswohnungen durch die Firmen Hoechst, Deutsche Post und Deutsche Bahn genannt. Diese seien „verschachtelt“ worden mit der Folge, dass die Wohnungen entweder luxussaniert wurden, sodass sich die angestammten Bewohner die Mieten nicht mehr leisten konnten, oder sie seien an zahlungskräftigere Kundschaft weiterverkauft worden. Vielfach sei für den Erhalt nur das Allernötigste unternommen und versucht

worden, durch ständige Mieterhöhungen die Mieter aus den Wohnungen zu verdrängen. Dies dürfe mit den Buderus-Wohnungen nicht passieren, lautet eine zentrale Forderung des Bündnisses. Gehofft werde, dass sich die Bosch-Führung an ihre soziale Verantwortung erinnere und das Testament ihres Firmengründers berücksichtige, der das Wohl der Menschen über Gewinne gestellt habe.

Das Gebotsverfahren wurde im Juli gestartet und soll bis zum Jahresende über die Bühne gegangen sein. Immobilien-Spekulanten und Heuschrecken-Monopoly werde ein Riegel vorgeschoben, hatte Bosch-Sprecher Thomas Pelizaeus bereits zum Auftakt erklärt. Sozialverträgliche Kriterien würden bei der Auswahl des neuen Eigentümers ange-

legt. Bosch habe anhand dieser Leitlinien den potenziellen Käuferkreis abgesteckt. Die Mietverträge würden unter einem neuen Eigentümer weiterlaufen, so Pelizaeus.

Mit Einfluss auf den Gesamtmarkt ist zu rechnen

Die Buderus-Wohnungen machten nicht nur in Wetzlar und Lollar einen erheblichen Teil der vorhandenen Mietwohnungen aus, sondern sicherten bislang auch den Bestand an bezahlbarem Wohnraum, argumentiert das Bündnis. In Anbetracht der Größenordnung müsse mit einem Einfluss auch auf den Gesamtwohnungsmarkt gerechnet werden. In Wetzlar ist die Buderus Immobilien GmbH viertgrößter Vermieter. Weitere Wohnungen befinden sich neben Lollar in Solms, Dietzhöhlztal, Eschenburg, Herborn und Dillenburg. Der Brief endet mit einer abschließenden Bitte an Bosch: „Bitte bleiben Sie sich Ihrer sozialen Verantwortung bewusst und enttäuschen Sie Ihre bisherigen treuen Mieter und uns nicht.“

Das Bündnis hat weitere Aktionen geplant. Zunächst finden Informationsveranstaltungen für alle betroffenen Mieter und interessierte Bürger statt.

MIETERINFOS IN WETZLAR UND LOLLAR

► Zur **Mieterversammlung für den Landkreis Gießen** lädt das Bündnis aus Gewerkschaftsbund, Mieterbund und SPD Wetzlar am Dienstag, 15. Oktober, 18 bis 20 Uhr, im Bürgerhaus Lollar, Holzmühler Weg 78, 35457 Lollar, ein. Zur **Mieterversammlung für den Lahn-Dill-Kreis**

am Donnerstag, 17. Oktober, 18 bis 20 Uhr, im Nachbarschaftszentrum Niedergirmes, Wiesenstraße 4, 35576 Wetzlar.

► Dann sollen die Mieter über die bevorstehende Veräußerung und **über ihre Rechte informiert** werden. Weitere Mitstreiter sind dem Bündnis willkommen.